

Newsletter Nummer 13/2024: Aktuelles aus Kreistag und Fraktion

Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Wirtschaft am 12. November 2024

In der jüngsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Wirtschaft wurden richtungsweisende Entscheidungen in Sachen Klimaschutz und ÖPNV getroffen.

Zieljahr für Klimaneutralität im Rhein-Neckar-Kreis wird verschoben

Umfangreich und kontrovers wurde über den Weg zur klimaneutralen Kommunalverwaltung gesprochen.

Die Kreisverwaltung hatte vorgeschlagen, im Teilziel Gebäudesanierung die vorliegenden Sanierungsfahrpläne umzusetzen.

Im Vorfeld der Sitzung hatte sich die Fraktion der Freien Wähler intensiv mit den Fraktionen von CDU und FDP ausgetauscht, denn aufgrund der aktuellen Finanzausstattung der Kommunen und des Kreises und den großen Herausforderungen in den kommenden Jahren, insbesondere auch beim Erhalt der Krankenhäuser, erscheint das vom Kreistag im Jahr 2021 definierte Ziel, die Klimaneutralität bis zum Jahr 2035 umzusetzen nicht mehr einzuhalten. Während die EU das Zieljahr 2050, der Bund 2045 und das Land 2040 vereinbart haben, halten die Freien Wähler wie auch die beiden anderen Fraktionen das Ziel 2035 weder für machbar noch der Bevölkerung gegenüber als ehrlich.

Fraktionsvorsitzender John Ehret bekräftigte dabei in der Sitzung, dass es nicht darum gehe, das Ziel der Klimaneutralität aufzugeben, sondern um eine Streckung des Zeitplans. Das notwendige Investitionsvolumen von mindestens 250 Millionen € sei bis 2035 schlicht nicht aufzubringen, zumal der Kostenrahmen aufgrund der Vielzahl der Investitionen in der öffentlichen Hand ohnehin schwer einzuhalten sei.



Gegen die Stimmen von von Bündnis'90/Die Grünen, der SPD und der LINKEN folgte die große Mehrheit dem Antrag von Freien Wählern, CDU und FDP, als neues Zieljahr 2045 zu definieren. Der Ausschuss wird sich im kommenden Jahr mit einem gestreckten Zeitplan neu befassen.

Förderung des ÖPNV: Vereinbarung mit der rnv über den Kostenersatz der Linien 5 und 5 a wird verlängert

Aufgrund der Tatsache, dass sich die Verhandlungen mit der Landesregierung über die Kostenbeteiligung des Landes bei den kommunalen Nebenbahnen noch hinziehen, musste sich der Ausschuss wie bereits im Vorjahr mit einer einjährigen Verlängerung des Konzessionsvertrages und der Vereinbarung über die Kostenbeteiligung an Investitionen mit der rnv und der Finanzierungsvereinbarung mit den betroffenen Städten und Gemeinden beschäftigen.



Kreisrat Frank Volk dankte dem Landrat für die Fraktion der Freien Wähler für die Hartnäckigkeit bei den Verhandlungen und kritisierte gleichzeitig die Landesregierung für das zögerliche Handeln.

Er begrüßte, dass der Ausgleichssatz für die beiden Linien weiterhin bei 6,28 € pro Fahrkilometer liege, äußerte gleichzeitig jedoch auch seine Verwunderung darüber, dass bei insgesamt neun geänderten Einzelpositionen am Ende auf den Cent der gleiche Betrag herauskomme. Insbesondere stellte er fest, dass im Schnitt der rnv die Fahrpreiserlöse um 21 % steigen, während auf den Linien 5 und 5a nur 14,37 % eingerechnet wurden. Erneut verlangte

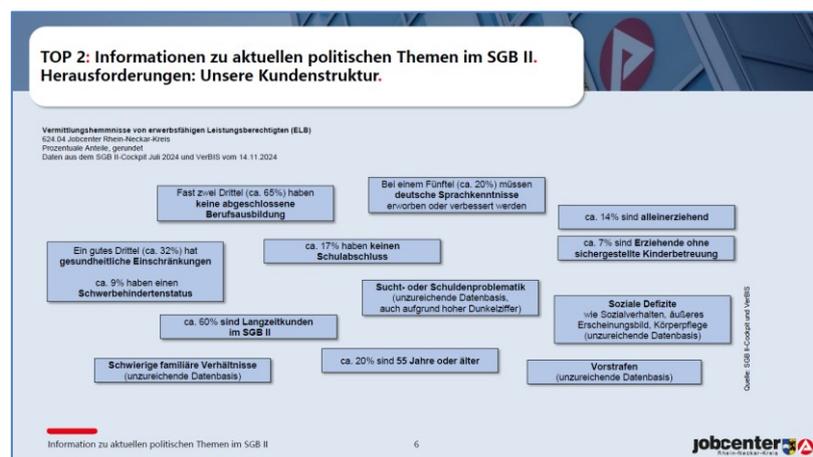
er die Vorlage von Fahrgastzahlen, um die Kalkulation besser nachvollziehen zu können.

Die Fraktion der Freien Wähler stimmte - wie der gesamte Ausschuss - der Verlängerung der Verträge zu.

Freie Wähler vor Ort: Jobcenter Rhein-Neckar

Zu einem Austausch über die aktuellen Herausforderungen am Arbeitsmarkt war die Fraktion der Freien Wähler am 18. November 2024 auf Anregung von Kreisrätin Gabi Horn in die Räumlichkeiten des Jobcenters eingeladen worden, wo Geschäftsführerin Janina Jung unterstützt von zwei weiteren Kollegen in Leitungsfunktion den Fragen der Fraktion Rede und Antwort stand.

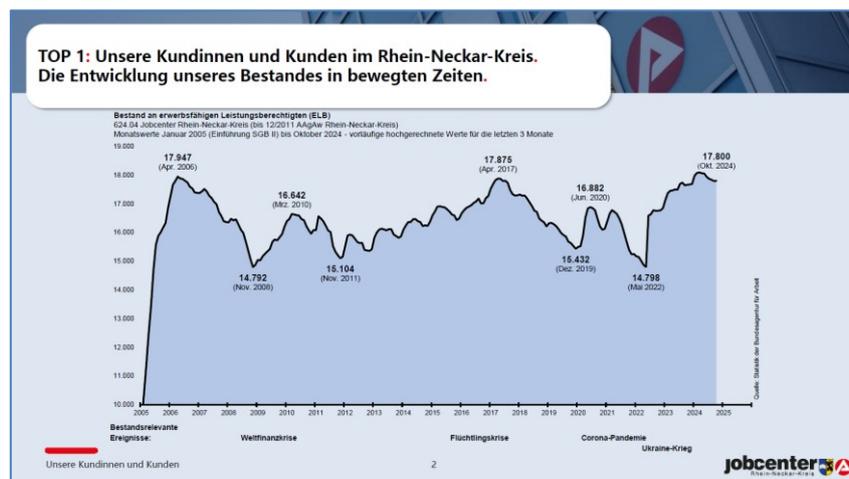
Zahlreiche grundlegende Informationen über die Arbeit des Jobcenters Rhein-Neckar nahmen die Fraktionsmitglieder aus dem für beide Seiten fruchtbaren Austausch mit. So wurden etwa die Herausforderungen, aber auch die bisherigen Erfolge der Integration von Geflüchteten greifbar. Mit einer Vermittlung von rund 20 Prozent des jeweiligen Bestands an erwerbsfähigen Leistungsberechtigten dieser Gruppe im vergangenen Jahr konnte man konkrete Erfolge aus der Statistik ablesen.



Man habe hinsichtlich der ukrainischen Geflüchteten auch eine andere Strategie verfolgt, die die Integration in Arbeit gegenüber dem Besuch von Sprachkursen priorisiert. „Schließlich lernt man die Sprache vor allem auch in der Arbeitstätigkeit“, so Kreisrätin Elisabeth Schröder. Sowohl Fluch und Segen zugleich stelle dabei der Charakter des Arbeitsmarkts im Rhein-Neckar-Kreis dar: „Wir haben hier einen klassischen Fachkräftearbeitsmarkt, nur wenige Helfertätigkeiten oder Zeitarbeit,“ so

Geschäftsführerin Jung. Das mache die Berufsvermittlung angesichts der erforderlichen Qualifikationen oft schwierig und erfordere Nachqualifikationen, etwa bei fehlenden Berufsabschlüssen. „Dafür sind wir dann aber robuster, was konjunkturelle Schwankungen betrifft, weil Zeitarbeiter und Hilfskräfte meist als erste entlassen werden.“

Insgesamt ließ sich die politische Großwetterlage sehr anschaulich an den Arbeitslosenzahlen ablesen. Einzelne Spitzen, insbesondere auch der aktuell recht hohe Stand korrelierten jeweils mit wirtschaftlichen und politischen Krisen. „Wir schaffen es aber auch immer wieder, den Bestand deutlich zu reduzieren, wenn sich die Lage beruhigt“, so die Erfahrung der Geschäftsführerin. Dass es dabei immer auch einen gewissen Anteil von Langzeitleistungsbeziehern gibt, die aufgrund teilweise multipler Vermittlungshemmnisse nur sehr schwer vermittelbar sind, gehöre zur Realität der Jobcenter.



Probleme bereiteten nach wie vor die Dauer und Bürokratielastigkeit der Anerkennungsverfahren bestehender Qualifikationen von Geflüchteten. „Da hatten wir uns erhofft, dass diese Anerkennungsverfahren eine Beschleunigung erfahren,“ so Geschäftsführerin Jung, „das dauert oft ein Jahr, bis die Berufsqualifikation, die etwa jemand in der Ukraine erworben hat, auch bei uns anerkannt ist und es gibt sehr viele unterschiedliche Zuständigkeiten für die Anerkennung.“

Aus Sicht der anwesenden Bürgermeister stelle der Datenschutz oftmals ein Hemmnis dar, der einer besseren Ansprache der potenziellen Arbeitskräfte im Wege stehe. „Wir wissen ja oft, wo Bedarfe in unseren Gemeinden bestehen, dürfen uns aber nicht mit dem Jobcenter austauschen.“ Angeregt wurde daher aus dem Kreis der Anwesenden, ggf. Vor-Ort-Besuche im Rahmen der Möglichkeiten zu intensivieren.

Einigkeit bestand auch darin, Kinder in Bedarfsgemeinschaften möglichst früh in die Berufsberatung zu bringen, um keine fortgesetzte „Jobcenterbiografie“ entstehen zu lassen. Positiv überrascht war man daher auf Seiten der Fraktion, dass Jugendliche in Bedarfsgemeinschaften bereits im Alter von fünfzehn Jahren aktiv beraten werden.

„Nehmen Sie bitte jede Gelegenheit wahr und berichten Sie von Ihrer segensreichen Arbeit“, so das Fazit von Bürgermeister und Kreisrat Stefan Weisbrod aus Reilingen. Seitens des Fraktionssprechers der Freien Wähler im Sozialausschuss, Kreisrat Tobias Rehorst, ging ein Dank an das Jobcenter für den offenen Austausch verbunden mit dem Wunsch, weiter in Kontakt zu bleiben.

Grafiken: Jobcenter Rhein-Neckar-Kreis

Weitere Informationen.....

Weitere Informationen zu allen Themen gibt es im Ratsinformationssystem des Kreises hier: <http://93.122.78.25/sdnet/vorlagen>

Fotos: Landratsamt Rhein-Neckar